

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	13
------------------	----

## *Erster Teil*

### **„Allgemeine Auslegungsregeln“**

<b>§ 1 Das Problem .....</b>	15
A. Gegensätzliche Auffassungen über die begriffliche Möglichkeit „allgemeiner gesetzlicher Auslegungsregeln“ .....	15
I. Die herrschende Lehre .....	15
II. Die Gegenauffassungen .....	16
B. Grundsätzliche Fragestellung und Gegenstand der Untersuchung .....	18
<b>§ 2 Kritische Analyse der herrschenden Lehre von den §§ 133 und 157 BGB als positiv-rechtliche gesetzliche Vorschriften der Methode der Auslegung rechtsgeschäftlicher Erklärungen .....</b>	20
A. Begründung der herrschenden Lehre im Schrifttum .....	20
I. Überblick .....	20
II. Die Begründung durch Mayer-Maly .....	21
1. Darstellung .....	21
2. Analyse und vorläufige Kritik .....	22
B. Methodischer Ansatz und Notwendigkeit einer erkenntnis- und wissenschaftstheoretischen Grundlegung der weiteren Untersuchung .....	25
C. Erkenntnis- und wissenschaftstheoretische sowie methodologische Grundlegung der Auslegung rechtsgeschäftlicher Erklärungen .....	28
I. Erkenntnistheoretische Grundauffassungen .....	28
1. Realismus .....	29

2. Dualismus .....	30
3. Idealismus .....	32
4. Stellungnahme – Entscheidung für den erkenntnistheoretischen Realismus .....	33
5. Mögliche Folgerungen und Grundproblematik der Erkenntnistheorie und Methodenlehren .....	40
<b>II. Neuzeitliche Erkenntnislehren .....</b>	<b>44</b>
1. Rationalismus .....	44
2. Empirismus .....	45
3. Positivismus .....	47
<b>III. Die Falsifikationslehre des „kritischen Rationalismus“ als erkenntnistheoretische und methodologische Grundlage der Auslegung rechtsgeschäftlicher Erklärungen .....</b>	<b>49</b>
<b>IV. Die „Moderne Wissenschaftstheorie“ als erkenntnistheoretische und methodologische Grundlage der Auslegung rechtsgeschäftlicher Erklärungen .....</b>	<b>59</b>
1. Grundsätzliche Unvereinbarkeit einer analytischen Erkenntnis- und Wissenschaftsauffassung mit einer „geisteswissenschaftlich-hermeneutischen“ Erkenntnis- und Auslegungslehre .....	59
2. Der sogenannte „logische Empirismus“ als Ausgangspunkt der sprachanalytischen Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie .....	62
a) Die Grundhaltung des „logischen Empirismus“ zum Erkenntnisproblem .....	62
b) Die Grundlagen der Wissenschafts- und Erkenntnislehre des „logischen Empirismus“ .....	63
aa) Die Lehre Schlicks .....	63
(1) Darstellung .....	63
(2) Stellungnahme .....	73
bb) Die These von der Reduktion aller Erkenntnis auf das „erlebnismäßig Gegebene“ und ihre Folgen: „Physikalismus“ und „linguistische Wende“ .....	80
3. Die „moderne sprachanalytische Wissenschaftstheorie“ .....	89
a) Gegenstandslehre und „allgemeine Prädikation“ .....	89
b) Definitions- und Urteilslehre .....	92
c) Satzlehre .....	98

Inhaltsverzeichnis	9
d) Zusammenfassende kritische Analyse .....	99
4. Nichtbegründbarkeit einer allgemeinen Erkenntnismethode und einer Methode der Auslegung rechtsgeschäftlicher Erklärungen auf der Grundlage der sprachanalytischen Wissenschaftstheorie .....	106
V. Neuere Ansätze der Erkenntnislehre, Wissenschafts- und Sprachphilosophie als Grundlagen der juristischen Auslegungslehre und der Annahme „gesetzlicher Methodenanweisungen“ .....	109
1. „Holistischer Naturalismus“ nach Quine und „extensionale Auslegungslehre“ .....	109
a) Darstellung .....	109
aa) Quines Kritik an den Dogmen des Empirismus .....	109
bb) „Empirismus ohne Dogmen“: Die sogenannte Quine-These .....	115
cc) Quines Ontologie, Erkenntnistheorie und Bedeutungstheorie .....	116
(1) „Ontologische Relativität“ .....	117
(2) „Naturalisierte Erkenntnistheorie“ .....	124
(3) „Reizbedeutungen“ .....	128
b) Zur Annahme positivrechtlicher gesetzlicher „Vorschriften“ der Methode der Auslegung rechtsgeschäftlicher Erklärungen auf der Grundlage der allgemeinen Lehren Quines .....	129
aa) Gegenstand und Art der Auslegungstätigkeit im Sinne der Lehre Quines .....	129
bb) Unbestimmtheit der Auslegung (Übersetzung), „extensionale Auslegungslehre“ und „gesetzliche Methodenanweisungen“ .....	132
c) Stellungnahme .....	135
2. Nicht-psychologischer Bedeutungsbegriff und „interner Realismus“ Putnams und Auslegung rechtsgeschäftlicher Erklärungen .....	149
a) Darstellung .....	149
b) Stellungnahme .....	158
VI. „Geisteswissenschaftliche Hermeneutik“ als erkenntnistheoretischer Ansatz der Auslegung rechtsgeschäftlicher Erklärungen und ihrer Methode .....	160
VII. Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse .....	168
VIII. Die hier vertretene Auffassung .....	171
1. Grundlagen .....	171

2. Inhaltliche Voraussetzungen einer realistischen Theorie der Erfahrungserkenntnis .....	174
a) Die Nichtexistenz ausschließlich „bewußtseinsimmanenter Erkenntnisse“ und Unabhängigkeit der Erkenntnisse von Meta-Erkenntnissen .....	175
b) Die Existenz körperlicher, körperlichgeistiger sowie geistiger Seiender und ihre Bedeutung für den Erkenntnisbegriff .....	179
3. Die empirisch-realistische Erkenntnislehre Ernst Wolfs .....	186
4. Ausschließliche Gegenstandsbedingtheit jeder Erkenntnismethode .....	191
D. Methodologische Unmöglichkeit „allgemeiner Auslegungsregeln“ als „positivrechtliche Methodenanweisungen“ für die Auslegung rechtsgeschäftlicher Erklärungen .....	200
I. Auslegung als Erkennen .....	200
II. Ausschließliche Gegenstandsbedingtheit der Methode der Auslegung rechtsgeschäftlicher Erklärungen .....	201
E. Verfehlte historische Grundlagen .....	202
<b>§ 3 „Allgemeine Auslegungsregeln“ ohne positivrechtlichen Inhalt .....</b>	<b>206</b>
 <i>Zweiter Teil</i>	
 <b>„Besondere Auslegungsregeln“</b>	
<b>§ 4 Kritische Analyse der herrschenden Lehre von den „besonderen Auslegungsregeln“</b>	<b>208</b>
A. Darstellung der Lehre .....	208
B. Die Unlösbarkeit des Problems der Abgrenzung „besonderer Auslegungsregeln“ von sogenannten „Ergänzungsnormen“ als Folge der verfehlten Annahme von „besonderen Auslegungsregeln“ .....	211
C. Verfehlte Grundlagen der herrschenden Lehre von den „besonderen Auslegungsregeln“ .....	221
<b>§ 5 Die tatsächliche Natur der als „besondere Auslegungsregeln“ bezeichneten gesetzlichen Regelungen .....</b>	<b>224</b>
A. Inhalt und Grenzen staatlicher Gesetzgebung durch den Begriff staatliches Rechtsgesetz .....	224

Inhaltsverzeichnis	11
B. Der Begriff staatliches Rechtsgesetz .....	225
C. „Besondere Auslegungsregeln“ als „Fiktionen“ .....	237
D. „Besondere Auslegungsregeln“ als „Legaldefinitionen“ .....	239
E. Die von der herrschenden Lehre für „besondere Auslegungsregeln“ gehaltenen gesetzlichen Regelungen als Vermutungen .....	240
I. Vermutungen bejahende Auffassungen im Schrifttum .....	240
1. Das Schrifttum .....	240
a) Darstellung .....	240
b) Kritik .....	242
2. Das Schrifttum zum Bürgerlichen Gesetzbuch .....	244
a) Überblick .....	244
b) „Vermutungen des Erklärungswertes“ (Die Auffassung von Oermann) .....	244
c) „Auslegungsvorschriften“ als „Vermutungen für die Existenz von Verkehrssitten“ (Die Auffassung von Titze) .....	249
d) Zugehörigkeit der „besonderen Auslegungsregeln“ zu den als „prozeßrechtliche Hilfsregeln der Beweisführung“ verstandenen gesetzlichen Vermutungen (Die Auffassung von Wolf) .....	253
e) Zwischenergebnis .....	254
II. Der Begriff Gesetzliche Vermutung .....	254
1. Zum Gegenstand und zur Methode der Begriffserläuterung .....	254
2. Die gesetzlichen Tatsachenvermutungen .....	260
a) Die gesetzlichen Tatsachenvermutungen als „tatsachenerschließende Rechtssätze“ (Die Ansicht von Rosenberg) .....	260
b) Gesetzliche Vermutungen als „Beweisregeln“ oder Beweislastregelungen .....	266
aa) Stellungnahmen im Schrifttum .....	266
(1) Gesetzliche Vermutungen als „voraussetzungsgebundene Beweislastregeln“ (Die Ansicht von Leipold) ..	266
(2) Gesetzliche Tatsachenvermutungen als „Fiktionen der Feststellung der vermuteten Tatsache“ (Die Ansicht von Musielak) .....	273
(3) Gesetzliche Vermutungen als sogenannte „zweite Tatbestände“ .....	281
(4) Gesetzliche Vermutungen als „Hilfsregeln der Beweisführung“ (Die Ansicht von Wolf) .....	282

bb) Die eigene Auffassung des Begriffes gesetzliche Tatsachenvermutung: Allgemeine prozeßrechtliche Tatbestände beweislastausschließender rechtlicher Verhältnisse .....	286
3. Die gesetzlichen Rechtsvermutungen .....	292
III. Folgerungen für die von der herrschenden Lehre als „besondere Auslegungsregeln“ bezeichneten gesetzlichen Regelungen .....	295
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>297</b>